



## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **VII/2019/00482**  
Datum: 09.10.2019  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto:  
Verfasser: Dr. Inés Brock  
Melanie Ranft

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	30.10.2019	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur möglichen Einführung von Storchentaxis**

### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit den Taxiunternehmen der Stadt Halle in Kontakt zu treten, mit dem Ziel, dass diese perspektivisch ein Storchentaxi - ein Fahrdienst für werdende Mütter unter Wehen und deren Begleitung - anbieten. Die Stadtverwaltung informiert den Stadtrat über die Ergebnisse der Gespräche in der Sitzung des Stadtrates spätestens im Februar 2020.

gez. Dr. Ines Brock  
Fraktionsvorsitzende

gez. Melanie Ranft  
Fraktionsvorsitzende

### Begründung:

Für Frauen unter Wehen ist es nahezu unmöglich, mit dem Taxi in das Krankenhaus zu fahren, da die Taxifahrer\*innen das Risiko einer möglichen Verschmutzung des Autos nicht in Kauf nehmen wollen. Mit dem Krankenwagen werden Frauen nur dann in die Klinik gebracht, wenn die Fruchtblase bereits geplatzt ist, da dann eine medizinische Indikation besteht. Zudem nimmt der Krankenwagen werdende Väter nicht mit.

Immer mehr Familien im Stadtgebiet besitzen kein eigenes Auto bzw. nutzen Carsharing, die Verfügbarkeit eines Autos in akuten Fällen ist daher nicht immer gegeben. Davon ausgehend, dass sich der Bedarf perspektivisch erhöhen wird, sehen wir die Umsetzung des Anliegens als notwendig an. Um das Angebot „Storchentaxi“ im Stadtgebiet angemessen bewerben zu können, erachten wir eine Zusammenarbeit zwischen Taxiunternehmen, Hebammenpraxen und Geburtskliniken als sinnvoll.



Stadt Halle (Saale)  
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

24. Oktober 2019

**Sitzung des Stadtrates am 30.10.2019**  
**Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur möglichen Einführung eines**  
**Storchentaxis**  
**Vorlagen-Nr.: VII/2019/00482**  
**TOP: 10.7**

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag als Prüfauftrag anzunehmen.

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister